

Konstanzer Erklärung zur Verteidigung

Frieden ist unser Ziel. Stärke ist unser Weg.

„Si vis pacem para bellum“ – selten war diese Redewendung in der Geschichte der Bundesrepublik Deutschland präsenter. Alte Gewissheiten – wie die transatlantische Partnerschaft und die Pax Americana – weichen neuen machtpolitischen Realitäten, denen wir uns als Staat und Gesellschaft stellen müssen. Der russische Imperialismus stellt eine existentielle Bedrohung für die Völker Europas dar. Deutschland und die Europäische Union (EU) müssen mit einer Politik aus Realismus und Stärke auf die massiven sicherheitspolitischen Herausforderungen unserer Zeit reagieren. Vor diesem Hintergrund müssen Deutsche und Europäer in Sicherheit, Verteidigung und Abschreckung investieren und zu einer resilienten Gesellschaft werden. Um potentielle Angreifer abzuschrecken, müssen Deutschland und die EU aus wirtschaftlicher Stärke militärische Stärke machen. Der Frieden in Europa muss wiederhergestellt und dauerhaft gesichert werden. Baden-Württemberg – das Land, die Wirtschaft und die Gesellschaft – kann und muss einen wichtigen Beitrag dazu leisten.

Starke Sicherheits- und Verteidigungswirtschaft

Die wachsenden geopolitischen Spannungen sowie die steigenden Anforderungen an unsere Verteidigungsfähigkeit und Resilienz müssen zu einer strategischen Priorisierung unserer sicherheitsrelevanten Industrie führen – gerade hier bei uns in Baden-Württemberg. Denn hier bei uns ist diese Rüstungs- und Verteidigungsindustrie nicht nur ein bedeutender Treiber von Innovation und Technologie, sondern auch ein zentraler Bestandteil wirtschaftlicher Wertschöpfung und internationaler Wettbewerbsfähigkeit mit etwa 42.000 direkt und indirekt Beschäftigten. Unser Land hat nicht nur die wirtschaftliche Kraft, sondern auch das technologische Know-how, um einen entscheidenden Beitrag zur Sicherheit Deutschlands und Europas zu leisten. Baden-Württemberg ist ein industrielles Kraftzentrum mit allen Schlüsselbranchen, die für die Wehrfähigkeit Deutschlands und Europas essenziell sind: Luft- und Raumfahrt sowie Satellitentechnologie, Optik, Feinwerktechnik, Photonik, Laser und Quanten-Sensorik, Stahlwerke und Schwerindustrie, Fahrzeugbau, Motoren-, Maschinen- und Werkzeugbau.

Die Zukunftsfähigkeit der Branche hängt entscheidend von der Verfügbarkeit qualifizierter Fachkräfte, von der Stärkung der KMU sowie von einer engen Verzahnung zwischen zivilen und militärischen Anwendungen ab. Es braucht einen engen Schulterschluss zwischen allen Akteuren, um im Bereich Sicherheit und Verteidigung effizient vorgehen zu können. Dies umfasst neben den vorgenannten Branchen insbesondere die Forschung an Universitäten und im angewandten Bereich. Auch die Forschung und Entwicklung von Dual Use-Anwendungen sind wichtig, da diese auch als Technologieschrittmacher für weitere Branchen dienen können.

Um Forschung und Entwicklung voranzutreiben, wollen wir Zivilklauseln an Hochschulen untersagen und stattdessen ein landesweites Kooperationsgebot einführen. Eine darüber hinausgehende Kooperationspflicht soll in Fällen der nationalen Sicherheit angeordnet werden können. Erzielte Forschungsergebnisse müssen auch für militärische Zwecke und die Sicherheits- und Verteidigungswirtschaft genutzt werden dürfen. Zivilklauseln und Kooperationsverbote verkennen völlig die Bedeutung der Bundeswehr für die Existenz der Bundesrepublik und den Schutz unserer Freiheit und eben auch der Wissenschaftsfreiheit. Solche Klauseln behindern Forschung und Entwicklung.

Eine enge europäische Zusammenarbeit ist erforderlich, um gemeinsame Projekte erfolgreich umzusetzen und die Wettbewerbsfähigkeit in einem global stark umkämpften Markt zu sichern. Dies gilt gerade auch für eine Zusammenarbeit der deutschen und der ukrainischen Rüstungsindustrie. Von großer Bedeutung ist auch die Sicherstellung und Absicherung von Wertschöpfungsketten und Lieferfähigkeiten im Hinblick auf Rohstoffe, Anwendungen und Technologien.

Eine erfolgreiche Umsetzung von Planungs- und Beschaffungsvorhaben kann nur gelingen, wenn auch die entsprechenden Strukturen beim Bundesamt für Ausrüstung, Informationstechnik und Nutzung der Bundeswehr (BAAINBw) und beim Bundesamt für Infrastruktur, Umweltschutz und Dienstleistungen der Bundeswehr (BAIUSBw) vereinfacht werden und das Bundesamt für Wirtschaft und Ausfuhrkontrolle (BAFA) signifikant entlastet und die Rahmenbedingungen so verbessert werden, dass eine schnelle und unkompliziertere Genehmigungspraxis langfristig etabliert werden kann.

Fabriken und Industriekapazitäten, die durch den Strukturwandel frei werden, sollten gezielt für die Verteidigungsindustrie genutzt werden. Die Landesregierung kann dabei über die Ansiedlungsstrategie eine wichtige Vermittlerrolle einnehmen.

Starke Bundeswehr

Wir sind stolz auf unsere Soldatinnen und Soldaten. Sie setzen ihr Leben ein, um unsere Freiheit, unsere Sicherheit und unsere Werte zu verteidigen. Berührungsängste sind daher vollkommen fehl am Platz. Unsere Bundeswehr, unsere Soldatinnen und Soldaten, gehören als Bürgerinnen und Bürger in Uniform in die Mitte unserer Gesellschaft.

Gerade in Zeiten globaler Unsicherheit ist es wichtig, jungen Menschen die Möglichkeit zu geben, unsere Bundeswehr besser kennenzulernen – offen, kritisch und im Geist unserer Demokratie. Wir stärken damit die politische Bildung, das Verständnis für sicherheitspolitische Fragen und zeigen gleichzeitig die vielfältigen beruflichen Perspektiven auf, die die Bundeswehr jungen Menschen bietet. Daher wollen wir gesetzlich für das ganze Land festlegen, dass Schulen mit Jugendoffizierinnen und Jugendoffizieren der Bundeswehr im Rahmen der politischen Bildung zusammenzuarbeiten haben. Dabei wollen wir solche Besuche an unseren Schulen unabhängig von der Einbindung ziviler Gruppen standardisieren. Jede Schülerin und jeder Schüler sollte mindestens einmal im Schulleben mit der Bundeswehr und ihren Soldatinnen und Soldaten gesprochen haben. Außerdem sollen die Karriereberaterinnen und Karriereberater der Bundeswehr und auch andere Behörden und Organisationen mit Sicherheitsaufgaben (Blaulichtorganisationen) im Rahmen schulischer Veranstaltungen zur beruflichen Orientierung über Berufs- und Einsatzmöglichkeiten in ihrem Bereich informieren dürfen. Anders gesagt: Die Bundeswehr soll in Schulen für den Dienst bei der Bundeswehr werben können. Eine Armee der Bürger braucht die Bürger.

Mit einem Tag der Bundeswehr in Baden-Württemberg wollen wir mit offiziellen Maßnahmen der Landesregierung die Bevölkerung mit ihrer Bundeswehr zusammenbringen. In offenen Kasernen sollen Schülerinnen und Schüler, Bürgerinnen und Bürger sowie Politikerinnen und Politiker mit Soldatinnen und Soldaten auf informative Weise zusammenkommen.

Wir wollen mit einem Regelungsbefreiungsgesetz für Bundeswehr und Zivilschutz eine Vorfahrt für die Verteidigung schaffen. Mit Bereichsausnahmen für Projekte der Bundeswehr und des Zivilschutzes wollen wir Maßnahmen zur Verteidigungsfähigkeit beschleunigen. Bei Bauvorhaben muss rechtlich klar sein, dass Verteidigung und Zivilschutz im überragenden öffentlichen Interesse liegen und damit Vorrang haben.

Wir sind offen für die Reaktivierung von Kasernen und den Bau neuer Kasernen in Baden-Württemberg. Sie sollen eine bevorzugte Behandlung beim Anschluss an öffentliche Infrastruktur wie Straße und Schiene erhalten.

Starkes Land

Auch in der Landesregierung müssen wir uns noch stärker auf die sicherheitspolitischen Herausforderungen unserer Zeit einstellen. Daher wollen wir einen baden-württembergischen Sicherheitsrat schaffen, in dem Regierungsmitglieder, der Kommandeur des Landeskommandos, die Präsidenten der Sicherheitsbehörden und auch der Regierungspräsidien, Zivilschutzorganisationen und kommunalen Landesverbände vertreten sind. Der Sicherheitsrat soll unter Wahrung des Ressortprinzips vor allem eine Bündelungs- und Koordinierungsfunktion für Fragen der Sicherheit und Verteidigung wahrnehmen. Er soll sowohl für vorausschauende Strategieentwicklung hinsichtlich möglicher Szenarien in der Zukunft als auch für aktuelle Lagebewertungen verantwortlich sein. Der Sicherheitsrat soll an der Aufgabe mitwirken, im Rahmen der zivilen Verteidigung die Aufrechterhaltung der Staats- und Regierungsfunktionen zu gewährleisten.

Die jüngsten Verletzungen des polnischen Luftraums durch russische Drohnen sowie Warnungen von Sicherheitsexperten vor Spionage und Terroranschlägen mittels Drohnen zeigen die Bedrohungen auch für uns. Wir wollen die Vorreiterrolle der baden-württembergischen Polizei bei der Drohnenabwehr deutlich ausbauen. Das Ziel ist klar: Die Drohnen müssen runter. Daher wollen wir die Polizei mit einem „Sofortprogramm Drohne“ unterstützen. Durch stärkeres Engagement und Zusammenwirken von Wissenschaft, Wirtschaft und Sicherheitsbehörden soll Baden-Württemberg zu einem Zentrum für die Entwicklung und Produktion von Drohnen und Drohnenabwehrsystemen werden.

Um die gesamtgesellschaftliche Resilienz zu erhöhen, muss die Bevölkerung krisenfester und verteidigungsbereiter werden. Dazu gehört ein Mentalitätswandel, der das Krisenbewusstsein der Bevölkerung stärkt. Im Rahmen des Zivilschutzes muss der Selbstschutz der Bevölkerung noch stärker in den Fokus rücken. Der Staat muss die Bevölkerung noch viel stärker durch gezielte Information für Sicherheitsrisiken – etwa durch hybride Kriegsführung, Desinformationskampagnen und gezielte Cyberattacken auf Unternehmen und Bürger – und für Maßnahmen zum Selbstschutz sensibilisieren. Im Rahmen der Stärkung des Zivilschutzes sind Reservekapazitäten in Krankenhäusern zu organisieren.

Wir müssen bereit sein, für Frieden und Freiheit einzustehen.